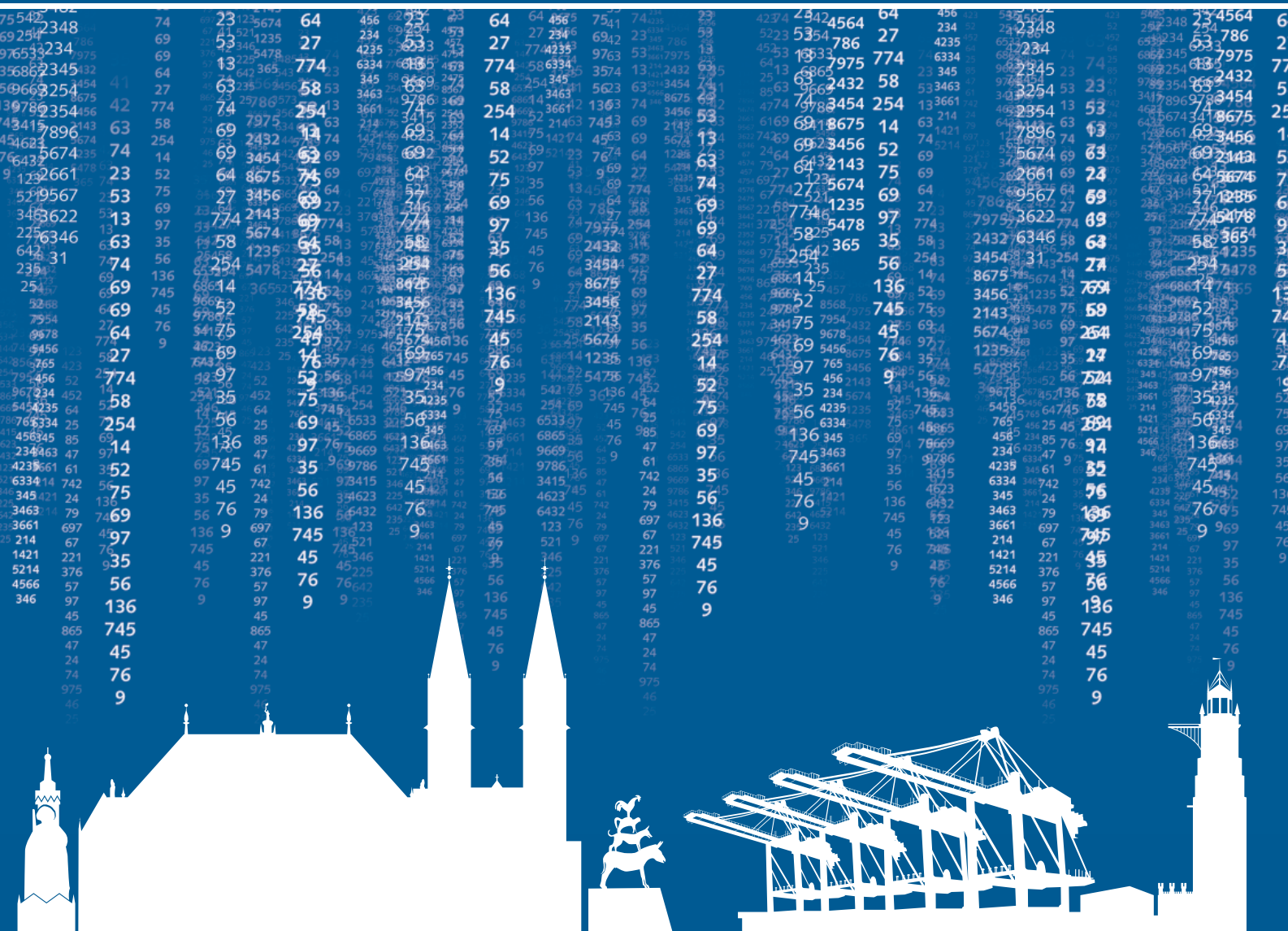




STATISTISCHER BERICHT

> D III 1 - m 9 / 14 <



Insolvenzverfahren im Land Bremen

September 2014

Zeichenerklärung

p	vorläufiger Zahlenwert
r	berichtigter Zahlenwert
s	geschätzter Zahlenwert
.	Zahlenwert ist unbekannt oder geheim zu halten
...	Zahlenangaben fallen später an
–	Zahlenwert ist genau null (nichts)
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll oder Fragestellung nicht zutreffend
()	Wert mit beschränkter Aussagekraft
/	Kein Nachweis, weil Ergebnis nicht ausreichend genau

ISSN 1610 - 5222

Herausgeber Statistisches Landesamt Bremen

Redaktion Referat 20 Insolvenzen

Gestaltung Trageser GmbH, Bremen
Statistisches Landesamt Bremen

Satz und Druck Statistisches Landesamt Bremen

Bezug Download der pdf-Datei unter:
www.statistik.bremen.de / Publikationen

Erschienen im November 2014

© Statistisches Landesamt Bremen, Bremen, 2014
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

**Statistischer Bericht
D III 1 - m 9/14**

**Insolvenzverfahren
im Land Bremen**

September 2014

Inhalt

Allgemeine und methodische Erläuterungen < < < < < < < < < < < < < < < < 4

Grafik: Insolvenzverfahren nach Art des Schuldners seit 2003 < < < < < < < < < 5

Tabelle 1

Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen und Rechtsformen < < < < < < < < < 6

Allgemeine und methodische Erläuterungen

Gegenstand der Statistik

Grundgesamtheit der Statistik sind alle natürlichen und juristischen Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaften), über deren Insolvenzantrag ein Gericht entschieden hat. Dazu gehören auch alle beantragten Nachlass- und Gesamtgutinsolvenzverfahren. Erhebungseinheiten sind die Amtsgerichte in Deutschland. Darstellungseinheiten sind alle eröffneten Regel-, Verbraucher-, Nachlass- und Gesamtgutinsolvenzverfahren, sämtliche mangels Masse abgewiesenen Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens sowie alle Insolvenzverfahren, bei denen der gerichtliche Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde.

Rechtsgrundlagen

Aktuelle Rechtsgrundlage ist das Insolvenzstatistikgesetz (InsStatG) vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 5289), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist.

Erhebungsmethode

Die Gerichte sind gesetzlich verpflichtet, jedes eröffnete oder mangels Masse abgewiesene Insolvenzverfahren sowie Verfahren, in denen ein sogenannter gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde, an die Statistischen Ämter der Länder zu melden. Die benötigten Angaben werden den gerichtlichen Akten entnommen.

Definitionen

Abweisung mangels Masse: Der Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wird vom Insolvenzgericht mangels Masse abgewiesen, wenn das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird.

Gesamtgutinsolvenzverfahren: Beim Gesamtgutinsolvenzverfahren gilt nicht der Grundsatz der Universalinsolvenz, wonach das gesamte Vermögen des Schuldners haftet. Vielmehr haftet dann nur das Gesamtgut einer Gütergemeinschaft. Darunter wird das Vermögen verstanden, das die Ehegatten in die Ehe einbringen und während der Ehe erwerben. Es handelt sich um gemeinschaftliches Vermögen der Ehegatten. Sie zählen zu den Sonderinsolvenzverfahren.

Insolvenzverfahren: Zu unterscheiden sind mehrere Typen von Verfahren, im Wesentlichen zwischen Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren. Darüber hinaus gibt es Sonderinsolvenzverfahren, zu denen beispielsweise Nachlassinsolvenzverfahren zählen. Das Insolvenzverfahren unterteilt sich in zwei wesentliche Abschnitte, und zwar in das Eröffnungs- bzw. Antragsverfahren und in das eröffnete Verfahren. Das eröffnete Verfahren beginnt mit einem vom Gericht erlassenen Eröffnungsbeschluss. Ziel eines Insolvenzverfahrens ist es, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen durch Verwertung des Schuldnervermögens zu ermöglichen. Beendet wird das typische eröffnete Insolvenzverfahren durch einen Aufhebungsbeschluss des Insolvenzgerichts nach dem Schlusstermin und der Schlussverteilung. Sofern der Schuldner eine natürliche Person ist, kann er Restschuldbefreiung beantragen. Diese ermöglicht verschuldeten Personen, nach einer Wohlverhaltensphase schuldenfrei zu sein.

Nachlassinsolvenzverfahren: In einem Nachlassinsolvenzverfahren haften die Erben nicht mit ihrem gesamten Vermögen, sondern nur mit dem ererbten Vermögen. Nachlassinsolvenzverfahren zählen zu den Sonderinsolvenzverfahren.

Regelinsolvenzverfahren: Diese Verfahrensart ist auf juristische und natürliche Personen anzuwenden, die selbstständig tätig sind. Darüber hinaus kommt das Regelinsolvenzverfahren auch bei ehemals selbstständig Tätigen zur Anwendung, deren Vermögensverhältnisse als nicht überschaubar eingestuft werden oder bei denen Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen bestehen. Vermögensverhältnisse gelten als nicht überschaubar, wenn der Schuldner zu dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt wird, 20 und mehr Gläubiger hat. Für alle anderen natürlichen Personen kommt das vereinfachte Insolvenzverfahren in Betracht.

Schuldenbereinigungsplan: Es gibt zwei Arten von Schuldenbereinigungsplänen: den außergerichtlichen und den gerichtlichen Schuldenbereinigungsplan. Beides sind Vereinbarungen über eine Schuldenbereinigung im Vergleichsweg. Der außergerichtliche Schuldenbereinigungsplan wird von dem Schuldner mit Hilfe einer Schuldnerberatungsstelle, eines Rechtsanwalts, Steuerberaters oder einer sonst geeigneten Person erarbeitet und den Gläubigern vorgelegt. Scheitert ein außergerichtlicher Einigungsversuch, beantragt der Schuldner üblicherweise die Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Bei Verbrauchern ist dies ein vereinfachtes Insolvenzverfahren. Ein gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan hat die Wirkung eines gerichtlichen Vergleichs. Scheitert auch der Einigungsversuch über den gerichtlichen Schuldenbereinigungsplan, wird das Insolvenzverfahren eröffnet.

Vereinfachtes Insolvenzverfahren/Verbraucherinsolvenzverfahren: Ein vereinfachtes Insolvenzverfahren kommt außer für Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige, deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind und gegen die keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen, zur Anwendung. Vermögensverhältnisse gelten als überschaubar, wenn der Schuldner zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags, weniger als 20 Gläubiger hat.

Voraussichtliche Forderungen: Die voraussichtlichen Forderungen entsprechen in der Statistik über beantragte Insolvenzverfahren der Summe der - gegebenenfalls geschätzten - Insolvenzforderungen. Die voraussichtlichen Forderungen werden von den Amtsgerichten zum Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung über den Insolvenzantrag ermittelt und zur genannten Statistik gemeldet. In Abgrenzung zu den im eröffneten Insolvenzverfahren tatsächlich zur Insolvenztabelle angemeldeten Insolvenzforderungen sind daher unter den voraussichtlichen Forderungen lediglich solche Verbindlichkeiten subsumiert, von denen die Gerichte bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens, bei Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse bzw. bei der Entscheidung über die Annahme eines Schuldenbereinigungsplans Kenntnis haben. Hinweis: Ergebnisse zu den tatsächlich zur Insolvenztabelle angemeldeten Insolvenzforderungen werden im Rahmen der Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung ermittelt und veröffentlicht (Eine Veröffentlichung der Ergebnisse ist erstmals im Jahr 2014 geplant.).

Qualitätsbericht

Detaillierte und umfassende Informationen zur Insolvenzstatistik finden Sie bei dem Statistischen Bundesamt unter der Rubrik „Unternehmen und Arbeitsstätten“ in der Fachserie 2 Reihe 4.1 sowie im so genannten Qualitätsbericht (www.destatis.de).

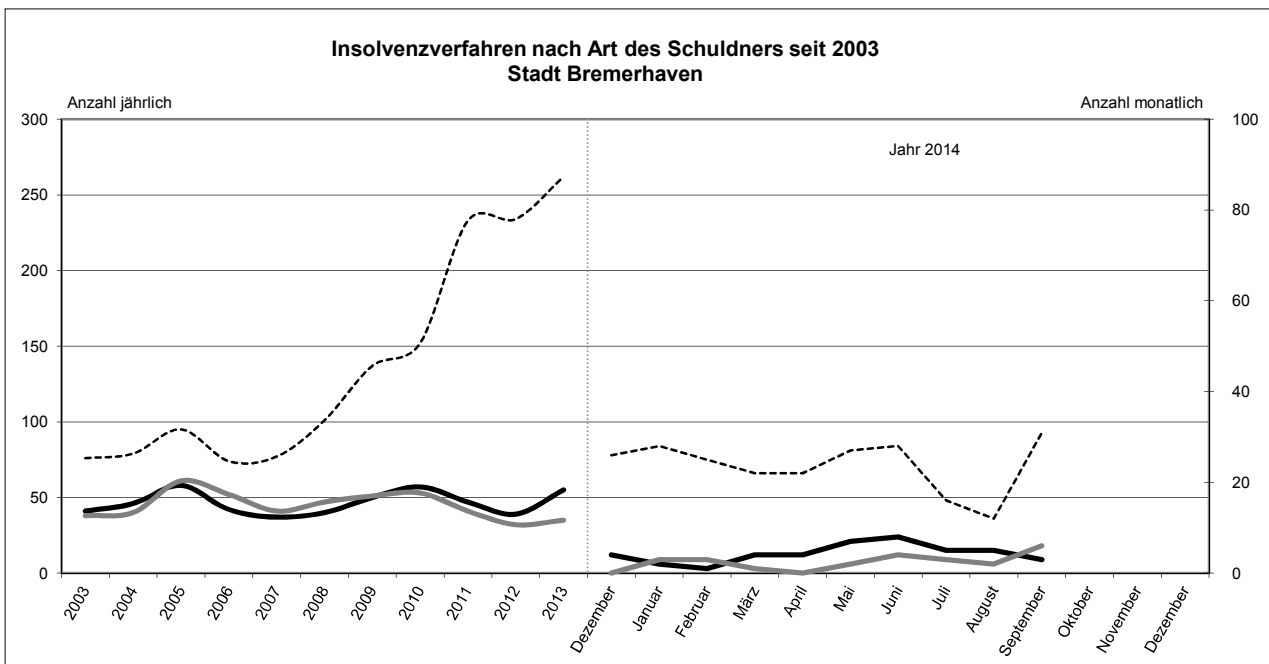
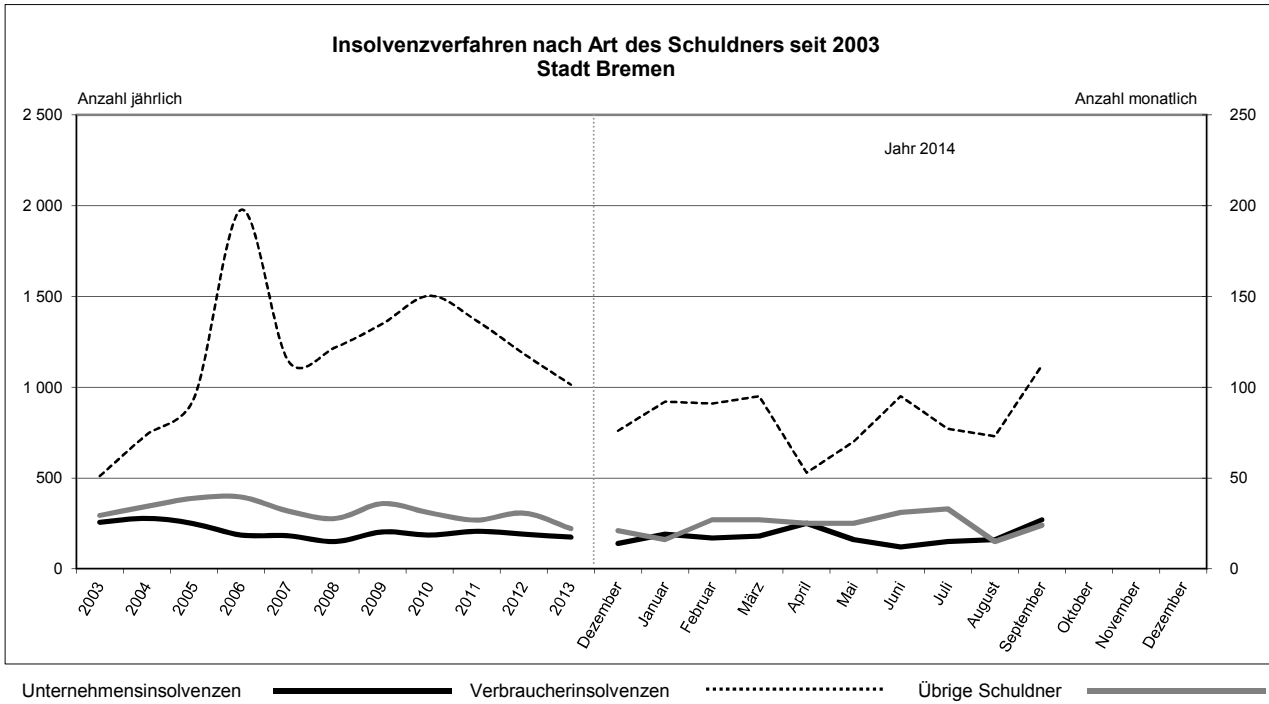


Tabelle 1

**Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen und Rechtsformen
Januar bis September 2014 im Land Bremen**

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich Rechtsform Alter des Unternehmens	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vorjahreszeitraum: Verfahren insgesamt	Zunahme bzw. Abnahme gegenüber Vorjahreszeitraum	Arbeitnehmer	Voraussichtliche Forderungen				
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt					Anzahl	%	Anzahl	1 000 EUR
	Insgesamt	1 315	95	13	1 423	1 332	6,8	548	718 183				
	Eröffnetes Verfahren	1 315	X	X	1 315	1 243	5,8	471	631 691				
	Mangels Masse abgewiesene Anträge	X	95	X	95	75	26,7	77	86 133				
	Verfahren mit Schuldenbereinigungsplan	X	X	13	13	14	- 7,1	X	359				
	nach Höhe der voraussichtlichen Forderungen												
	Forderungen von ... bis unter ... Euro												
	Unter 5 000	68	22	2	92	67	37,3	19	318				
	5 000 - 50 000	832	36	9	877	855	2,6	40	18 639				
	50 000 - 250 000	282	22	2	306	281	8,9	76	31 903				
	250 000 - 500 000	51	5	-	56	34	64,7	93	19 399				
	500 000 - 1 Mill.	13	3	-	16	30	- 46,7	53	11 735				
	1 Mill. - 5 Mill.	34	2	-	36	31	16,1	113	81 925				
	5 Mill. - 25 Mill.	30	5	-	35	34	2,9	133	405 811				
	25 Mill. und mehr	5	-	-	5	-	X	21	148 452				
	Unternehmen												
A-S	Zusammen	145	59	X	204	170	20,0	548	602 912				
	nach Wirtschaftsbereichen												
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-	-	X	.	1	X	-	.				
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	-	X	-	-	-	-	-				
C	Verarbeitendes Gewerbe	3	3	X	6	11	- 45,5	4	403				
D	Energieversorgung	.	-	X	.	3	X	.	.				
E	Wasserversorgung, Entsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen	-	-	X	-	-	-	-	-				
F	Baugewerbe	17	4	X	21	21	0,0	42	3 881				
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von KFZ	14	15	X	29	27	7,4	72	17 713				
H	Verkehr und Lagerei	44	1	X	45	26	73,1	157	426 025				
I	Gastgewerbe	2	7	X	9	8	12,5	10	1 215				
J	Information und Kommunikation	5	2	X	7	9	- 22,2	5	3 231				
K	Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	-	.	X	.	11	X	.	.				
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	5	1	X	6	6	0,0	11	8 480				
M	Freiberufl., wissenschaftl. u. techn. Dienstleistungen	27	17	X	44	27	63,0	44	133 795				
N	Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	5	6	X	11	5	120,0	13	2 491				
O	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	-	-	X	-	-	-	-	-				
P	Erziehung und Unterricht	3	1	X	4	1	300,0	46	323				
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	5	-	X	5	4	25,0	32	399				
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	5	-	X	5	4	25,0	8	817				
S	Sonstige Dienstleistungen	8	1	X	9	6	50,0	101	1 902				
	nach dem Alter der Unternehmen												
	Unter 8 Jahre alt	59	26	X	85	77	10,4	188	267 570				
	dar. bis 3 Jahre alt	23	15	X	38	27	40,7	110	52 293				
	8 Jahre und älter	69	26	X	95	65	46,2	360	314 209				
	Unbekannt	17	7	X	24	28	- 14,3	-	21 133				
	nach der Zahl der Arbeitnehmer/-innen												
	Kein Arbeitnehmer	60	21	X	81	115	- 29,6	-	205254				
	1 Arbeitnehmer	51	24	X	75	1	7 400,0	75	279 231				
	2 bis 5 Arbeitnehmer	24	14	X	38	11	245,5	111	61095				
	6 bis 10 Arbeitnehmer	.	-	X	.	10	X	.	.				
	11 bis 100 Arbeitnehmer	.	-	X	.	20	X	.	.				
	Mehr als 100 Arbeitnehmer	-	-	X	-	3	X	-	-				
	Unbekannt	-	-	X	-	10	X	X	-				
	nach Rechtsformen												
	Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe	18	4	X	22	21	4,8	45	2 436				
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	45	5	X	50	33	51,5	91	386 016				
	dar. GmbH & Co. KG	40	4	X	44	33	33,3	80	345 144				
	GbR	.	-	X	.	-	X	.	.				
	Gesellschaften m.b.H.	70	48	X	118	111	6,3	305	162 965				
	dav. GmbH ohne Unternehmerges.haftungsbeschränkt	64	36	X	100	104	- 3,8	278	158 652				
	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	6	12	X	18	7	157,1	27	4 312				
	Aktiengesellschaft, KGaA	.	-	X	-	-	X	-	-				
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	-	-	X	-	1	X	-	-				
	Sonstige Rechtsformen	11	1	X	12	4	200,0	106	50 960				
	Übrige Schuldner												
	Zusammen	1 170	36	13	1 219	1 162	4,9	X	115 271				
	Natürliche Personen als Gesellschafter und Ähnliche	2	1	X	3	5	- 40,0	X	1 593				
	Ehemals selbständig Tätige	203	27	-	230	180	27,8	X	67 879				
	davon: mit Regelinsolvenzverfahren	141	27	X	168	117	43,6	X	61 162				
	mit vereinfachtem Verfahren	62	-	-	62	63	- 1,6	X	6 717				
	Verbraucher	955	2	13	970	955	1,6	X	45 310				
	Nachlässe und Gesamtgut	10	6	X	16	22	- 27,3	X	489				

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

Statistisches Landesamt Bremen

An der Weide 14 - 16
 28195 Bremen
 Telefon: +49 421 361-25 01
 E-Mail: office@statistik.bremen.de

www.statistik.bremen.de

Straßenbahn/Bus:
 Haltestelle Hauptbahnhof

Auskunftsdiens:
 Telefon: +49 421 361-6070
 E-Mail: info@statistik.bremen.de

Öffnungszeiten:
 Montag bis Donnerstag
 9.00 bis 15.00 Uhr
 Freitag
 9.00 bis 13.00 Uhr
 oder nach Vereinbarung

